

Yu-Hsi Nieh

# Taiwan: Rückblick auf das Jahr der Ratte (1996)

## 1 Innenpolitik

Nach dem traditionellen chinesischen Lunarkalender und der volkstümlichen Jahresbezeichnung war 1996 das Jahr der Ratte. In der Reihenfolge des astrologischen Zyklus von insgesamt zwölf Tieren steht die Ratte an erster Stelle und gilt daher als Anfang einer neuen Epoche.

Am 23. März 1996 wurde zum erstenmal in der Geschichte Taiwans und auch ganz Chinas ein Staatspräsident vom Volk direkt gewählt. Li Denghui (Lee Teng-hui), der 1990 von der Nationalversammlung zum Staatspräsidenten für sechs Jahre gewählt worden war, erhielt 54% der abgegebenen Wählerstimmen und wurde damit nach der neuen Verfassungsvorschrift für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Gleichzeitig wurde Lian Zhan (Lien Chan) zum Vizestaatspräsidenten gewählt. Die Wahlen verliefen trotz der militärischen Krise in der Taiwan-Straße (s.u.) friedlich. Bei der Kabinettsumbildung nach den Wahlen brach jedoch ein heftiger Verfassungsstreit aus. Nach Artikel 55 der Verfassung der Republik China wird der Ministerpräsident (Präsident des Exekutiv Yuan) vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung des Legislativ Yuan (Parlament) ernannt. Ferner soll das Kabinett (Exekutiv Yuan) traditionell und gemäß der Verfassungsauslegung der "Großrichter-Konferenz" (Verfassungsgericht - chin.: *dafaguan huiyi*) jedesmal nach der Parlaments- und der Präsidentschaftswahl erneuert werden. Infolge der neuen Zusammensetzung des Legislativ Yuan nach den Wahlen im Dezember 1995 trat Ministerpräsident Lian Zhan am 25. Januar 1996 formell zurück, und im Februar wurde er von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) mit der Zustimmung des Legislativ Yuan wieder zum Ministerpräsidenten ernannt. Nachdem Li und Lian zum neuen Präsidenten bzw. Vizepräsidenten gewählt und am 20. Mai vereidigt worden waren, reichte Lian wieder formell einen Antrag zum Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten bei Präsident Li ein. Der Antrag wurde abgelehnt und Lian weiter mit der Regierungsbildung beauftragt. Dieses Manöver stieß auf heftigen Widerstand des Legislativ Yuan. Mit 80 gegen 65 Stimmen verabschiedete das Haus am 11. Juni eine Resolution, in der die Zustimmung des Legislativ Yuan zum Verbleib Lians als Ministerpräsident gefordert wurde.

Nicht nur die Abgeordneten der Opposition, sondern auch ein Teil der Abgeordneten der Regierungspartei stimmten für die Resolution. Die Opposition verhinderte Lians Auftritt vor dem Haus zum Regierungsbericht und zur politischen Debatte.

Auf vier Anträge von Abgeordneten der drei großen Parteien im Gesetzgebung Yuan zur Beilegung des Streits hin erließ die "Großrichter-Konferenz" am 31. Dezember die 419. Verfassungsinterpretation, wonach die Vereinigung der Ämter des Staatsvize- und des Ministerpräsidenten in einer Person zwar kein "deutlicher Verstoß" gegen die Verfassungsvorschrift sei, andererseits aber dem "Grundsatz der Verfassung" nicht entspreche hinsichtlich der Einrichtung von zwei verschiedenen Posten. Eine angemessene Lösung der Sache wurde gefordert.

Drei Tage vor dem Beschluß der "Großrichter-Konferenz", am 28. Dezember, erzielten die Regierungspartei KMT (Kuomintang) und die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party) auf einer "Nationalen Entwicklungskonferenz" (*Guojia-fazhan Huiyi*) überraschend Konsens über umfangreiche und grundsätzliche Verfassungsänderungen in bezug auf das Regierungssystem. Danach könnte der Staatspräsident im Gegensatz zu den gegenwärtigen Verfassungsbestimmungen ohne Zustimmung des Gesetzgebung Yuan einen neuen Ministerpräsidenten ernennen und auf Anforderung des Ministerpräsidenten oder im Notfall den Gesetzgebung Yuan auflösen, der wiederum den Ministerpräsidenten durch ein Mißtrauensvotum abwählen kann. Der Gesetzgebung Yuan soll ferner die bislang dem Kontroll Yuan zustehenden Rechte erhalten, den Staatspräsidenten und Vizestaatspräsidenten öffentlich anklagen zu können (Impeachment), die Regierungsfinanzen zu überprüfen und Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Die Legislativperiode des Legislativ Yuan soll von drei auf vier Jahre verlängert werden.

Neben dem Kontroll Yuan müßte auch die Nationalversammlung Machtverlust hinnehmen. Die ihr in der Verfassung eingeräumten Rechte von "Initiative" und "Referendum" bezüglich Gesetzgebung, die bislang wegen fehlender Durchführungsgesetze noch nicht in der Praxis angewandt worden sind, sollen eingefroren werden. Statt dessen ist die Einführung richtiger Volksentscheide geplant. Auch die Mitglieder der Nationalversammlung sollen in Zukunft statt durch Direktwahl aus den Parteien je nach ihren Ergebnissen bei gewissen "anderen Wahlen" proportional bestimmt werden. Auf Eis gelegt werden sollen ebenfalls Gouverneurs- und Parlamentswahlen der Provinz Taiwan sowie Wahlen von Gemeindeämtern und -abgeordneten. Die Befugnisse der Provinzregierung sollen stark reduziert werden, so daß sie nur noch eine nominelle Rolle spielen würde.

Die geplante Schwächung der Provinzregierung Taiwan sahen viele als einen Machtkampf zwischen Lian Zhan und Gouverneur Song Chuyu (James C.Y. Soong) an. Letzterer erklärte aus Protest gegen den Plan am 31. Dezember seinen Rücktritt. Die NP (New Party), eine Splitterpartei aus der KMT, boykottierte den Plan durch Auszug aus der Nationalen Entwicklungskonferenz. Sie ist gegen die Verstärkung der Präsidentschaft und gegen das Bündnis von KMT und DPP zur Abschaffung der Provinz Taiwan, weil

dies den Eindruck eines Verzichts auf die Einheit Chinas erwecken könnte. Die Mitglieder der NP sind überwiegend "Festländer" - ebenso wie die drei größten "Opfer" des Plans, nämlich der amtierende Präsident der Nationalversammlung, der Präsident des Kontroll Yuan und der Präsident der Provinzregierung Taiwan.

Gegen den Konsens der zwei großen Parteien war auch die andere Oppositionspartei TAIP (Taiwan Independence Party), eine Splitterpartei aus der DPP. Sie wurde erst am 6. Oktober 1996 gegründet, gilt aber schon als die vierte politische Kraft auf der Insel. Ihre Mitglieder vertreten einen radikalen Kurs zur Gründung einer anderen Republik, nämlich der Republik Taiwan anstelle von Republik China, oder mit anderen Worten zum Verzicht auf die Wiedervereinigung mit dem chinesischen Festland. Daher lehnen sie eine Zusammenarbeit mit der KMT ab, die den Standpunkt "ein chinesischer Staat mit zwei politischen Gebilden" vertritt. Darüber hinaus gibt es auch nicht wenige Mitglieder in der DPP wie in der KMT, die gegen eine Machterweiterung des Staatspräsidenten bzw. gegen eine Entmachtung der Nationalversammlung, des Kontroll Yuan und der Provinzregierung sind.

## 2 China- und Außenpolitik

Die Regierung Beijing, die Taiwan nach wie vor als eine abtrünnige Provinz der VR China ansieht, veranstaltete seit Mitte August 1995, kurz nach Li Denghuis "privater Reise" in die USA, eine Reihe von großen Kriegsmanövern in der Taiwan-Straße, um die außenpolitische Offensive der Regierung Taipei zum Durchbruch der internationalen Isolation zu unterdrücken. In der Absicht, die Stimmen für eine Unabhängigkeit Taiwans von China bei den o.g. Präsidentschaftswahlen auf der Insel einschüchtern zu können, verstärkte Beijing im März 1996 seine Drohgebärden durch Schießübungen mit Boden-Boden-Raketen in Richtung Taiwan, und zwar jeweils zwei auf ein Seegebiet rund 35 km nordöstlich und 52 km südwestlich von der taiwanesischen Küste, unweit von den beiden großen Häfen Jilong (Keelung) und Gaoxiong (Kaohsiung).

Erst nach den Wahlen entspannte sich die Lage. In seiner Inaugurationsrede vom 20. März sagte der alte und neue Präsident Li Denghui, daß keine nationale und kulturelle Identitätsfrage zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße bestehe. Es gebe nur Streit um das politische System und die Lebensweise. "Hier haben wir weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit, einen Kurs auf die sog. 'taiwanische Unabhängigkeit' zu nehmen." Zugleich betonte er aber: "Es ist eine Tatsache, daß beide Seiten der Taiwan-Straße aus historischen Gründen seit über 40 Jahren getrennt regiert werden. Es ist allerdings auch eine Tatsache, daß beide Seiten die Einigung des Staates verfolgen." Er appellierte an Beijing, die Feindseligkeiten zwischen beiden Seiten zu beenden. Er sei bereit, für den Frieden das chinesische Festland zu besuchen und dort mit dem Spitzenführer, also Jiang Zemin, zu verhandeln. "Ich bin zutiefst überzeugt, daß die Chinesen im 21. Jahrhundert die historische große Sache einer friedlichen Vereinigung erfüllen können", unterstrich er zum Schluß seiner Rede.

Auf Lis Rede reagierte Beijing kühl. Das Büro für die Angelegenheiten Taiwans unter dem Staatsrat (Regierung) warf ihm in einer Erklärung vom 20. Mai vor, China mit dem Anspruch auf Souveränität und der Fortsetzung der "pragmatischen Außenpolitik" Taiwans weiter zu spalten. Die taiwanische Behörde, so hieß es, müsse zuerst mit ihrer Aktivität zur Schaffung von "zwei Chinas" oder "ein China, ein Taiwan" aufhören. Sie solle nicht nur verbal, sondern auch in der Tat zu dem "Ein-China-Prinzip" stehen und konkrete Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße und zur Förderung der friedlichen Vereinigung unternehmen. Staatspräsident Jiang bezeichnete am 24. Mai Lis Versprechen als Phrase, mit der er die Bevölkerung Taiwans täuschen wolle. Außenminister Qian Qichen sagte, Li könne als Vorsitzender der KMT, nicht aber als Präsident das Festland besuchen. Dagegen meinte der Vorsitzende des Komitees für die Angelegenheiten des Festlands der Taipei Regierung, Zhang Jingyu (Chang King-yuh), wenn Präsident Li Denghui das Festland besuchen würde, dann nur als Staatsoberhaupt. Li selbst sagte in seiner o.g. Rede, er mache die Friedensreise, wenn es der Staat brauche und das Volk sie unterstütze. Er werde "den Konsensus und Willen der 21 Millionen Landsleute" Taiwans repräsentieren. Darüber hinaus hat er in derselben Rede die Republik China als einen souveränen Staat seit eh und je bekräftigt. Sie werde weiterhin die "pragmatische Außenpolitik" betreiben, um damit für ihre 21 Mio.-Bevölkerung Bewegungsraum und die verdient Würdigung in der internationalen Gesellschaft zu bekommen.

Unter dem Motto einer "pragmatischen Außenpolitik" strebt Taiwan international nach Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen. Auf der anderen Seite versucht Beijing, utner Anspruch auf die Alleinvertretung für das ganze China, Taiwan überall weiter politisch zu isolieren. Im diplomatischen Stellungskampf gewann Taiwan Anfang Januar 1996 Senegal und verlor Mitte August Niger. Ende November erklärte Südafrika, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan am 31. Dezember 1997 abbrechen zu wollen und anschließend am 1. Januar 1998 nur die Regierung Beijing anzuerkennen. Unter den 30 Staaten, die zur Zeit volle diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhalten, hat nur Südafrika ein größeres Gewicht in der internationalen Politik. Daher war der Umschwung in seiner Chinapolitik für Taiwan besonders bitter.

Aus Protest gegen Südafrikas diplomatischen Seitensprung rief die Regierung Taipei Mitte Dezember ihren Botschafter in Pretoria ab. Ferner wurde ein großer Teil der Wirtschafts- und Finanzhilfe Taiwans an Südafrika ab sofort eingefroren. Es handelt sich dabei um 17 Projekte im Gesamtwert von 840 Mio. US\$. Ferner soll der bilaterale Luftfahrtvertrag ab 15. Februar 1997 bis auf weiteres suspendiert werden. Von den Vergeltungsmaßnahmen ausgenommen sind sechs bereits begonnene Projekte im Gesamtwert von 81 Mio. US\$. Ebenfalls nicht betroffen sind die gemeinsamen Investitionen zwischen Unternehmen beider Seiten. Bislang hat Taiwan insgesamt 1,5 Mrd. US\$ in Südafrika investiert. Über einen beim offiziellen Südafrika-Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Xu Lide (Hsu Li-teh) im November 1996 unterzeichneten Joint-Venture-Vorvertrag im Wert von 3,5 Mrd. US\$ soll noch weiter verhandelt werden, heißt es.

### 3 Wirtschaft

Den jüngsten offiziellen Schätzungen des CEPD (Council for Economic Planning and Development) der Taipeier Regierung zufolge ist das Wirtschaftswachstum gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) infolge der Krise in der Taiwan-Straße sowie der zurückhaltenden Wirtschaftskonjunktur 1996 zum erstenmal seit sechs Jahren real wieder unter 6% gesunken, und zwar auf 5,7% (1995 noch 6,1%). Während die Jahreszuwachsrate des Privatverbrauchs nur geringfügig von 5,5% (1995) auf 5,9% stieg, fiel die der Privatinvestitionen von 8,3% auf 4,5% und die der Regierungsinvestitionen von 3,8% auf 2,6%. Die Investitionen der öffentlichen Unternehmen lagen noch hinter dem Ergebnis des vorigen Jahres. (ZYRB, 3.2.97)

Rückläufig war auch das Tempo des Außenhandels als Motor der Wirtschaft Taiwans. Nach jüngsten statistischen Angaben des Zollamts stiegen die Exporte 1996 mit 115,98 Mrd. US\$ nur um 3,9%, und die Importe sanken mit 101,28 Mrd. US\$ sogar um 2,2%, verglichen mit jeweils einer Zunahme von 20% bzw. 21,3% im Vorjahr. Dank des Importrückgangs wies die Handelsbilanz aber einen hohen Überschuß von 14,7 Mrd. US\$ auf, 81% mehr als 1995 und eine Rekordhöhe seit neun Jahren.

Nach wie vor blieben die USA der größte Handelspartner Taiwans. Die Ex- und Importe gegenüber den USA beliefen sich 1996 jeweils auf 26,87 Mrd. US\$ und 19,97 Mrd. US\$, 1,7% mehr bzw. 3,8% weniger als im Vorjahr. Damit stieg Taiwans Exportüberschuß im bilateralen Handel mit den USA nach sieben Jahren mit rückläufiger Tendenz wieder gegenüber dem Vorjahr um 22,3% auf 6,89 Mrd. US\$. Der größte Exportüberschuß Taiwans stammt aber seit sechs Jahren fortwährend aus dem Handel mit Hongkong. Er lag 1996 bei 25,1 Mrd. US\$, 3,5% mehr als 1995. Während sich die Ausfuhren nach Hongkong um 2,7% auf 26,8 Mrd. US\$ erhöhten, sanken die Einfuhren aus der Kronkolonie um 7,5% auf 1,7 Mrd. US\$. (FCJ, 10.1.97)

Bei Taiwans Warenaustausch mit Hongkong handelt es sich hauptsächlich um den Transithandel zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße. Offiziellen Statistiken Beijings zufolge exportierte Taiwan von Januar bis November 1996 Güter im Wert von 13,7 Mrd. US\$ nach dem chinesischen Festland und importierte Waren im Wert von 2,47 Mrd. US\$ aus dem Festland. Daraus ergab sich ein Handelsüberschuß von 11,23 Mrd. US\$ für Taiwan in den ersten elf Monaten (im Vergleich der taiwanesischen Gesamthandelsüberschuß: 11,96 Mrd. US\$ im selben Zeitraum). (LHB, 31.12.96; *Domestic & Foreign Express Report of Economic Statistics Indicators*, Department of Statistics, Ministry of Economic Affairs, Taipei, Dec. 1996, S. (11)) Nach Angaben des Außenhandelsamts in Taipei erreichten die taiwanesischen Exporte nach dem Festland in den ersten zehn Monaten schon 15,25 Mrd. US\$ (+3,9% gegenüber dem Vorjahreszeitraum) und die Importe aus dem Festland 2,5 Mrd. US\$ (-4,5%). Damit lag Taiwans Handelsüberschuß gegenüber dem Festland mit 12,75 Mrd. US\$ noch über dem taiwanesischen Gesamthandelsüber-

schuß von 10,69 Mrd. US\$ im selben Zeitraum. (LHB, 29.12.96; *Domestic & Foreign Express Report of Economic Statistics Indicators*, a.a.O., Nov. 1996, S. (11) f.) Seit Jahren hätte Taiwan ohne den Exportüberschuß gegenüber Hongkong und dem Festland ein Defizit im Außenhandel hinnehmen müssen.

Im August 1996 erließ Beijing eine Bestimmung über direkte Schiffsverbindungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße, nachdem Taiwan seinerseits im Mai 1995 ein "Exterritoriales Schifffahrtszentrum" (ES) in Gaoxiong (Kaohsiung) für den gleichen Zweck errichtet hatte. Allerdings lassen sich die Bestimmungen beider Seiten kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Während Beijing die direkte Schiffsverbindung zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße als "inländische" Linienfahrt behandelt und daher ausländische Schifffahrtsgesellschaften nicht zuläßt, betrachtet Taiwan sie als eine quasiinternationale Linienfahrt ("Sonderlinienfahrt") und läßt daher nur Schiffe mit ausländischer Flagge zu. Außerdem wird ihnen auch nur erlaubt, Güter aus Drittländern nach dem Festland oder umgekehrt im "Exterritorialen Schifffahrtszentrum" von Gaoxiong umzuladen. Taiwans Güter nach dem Festland oder Festlandsgüter nach Taiwan können nicht über ES, sondern müssen weiter über eine Drittregion befördert werden. Infolge all dieser Differenzen besteht die direkte Schiffsverbindung zwischen beiden Seiten bislang nur auf dem Papier. Für ihre Realisierung ist eine Kompromißvereinbarung zwischen beiden Seiten erforderlich. Verhandlungen wurden bislang dadurch verhindert, daß Beijing unter dem Motto "ein China" Taipei nicht als gleichberechtigten Partner, sondern als eine Lokalregierung Chinas ansieht.

Die beträchtliche Steigerung des Handelsüberschusses 1996 war neben der Zunahme der Aktiva gegenüber den USA und Hongkong einschließlich des chinesischen Festlands auch auf die Reduzierung der Passiva gegenüber Japan und Europa zurückzuführen. Im Handel mit Japan stiegen Taiwans Exporte um 3,9% auf 13,67 Mrd. US\$, und die Importe fielen um 9,1% auf 27,5 Mrd. US\$. Damit sank das Handelsdefizit Taiwans gegenüber Japan im Vergleich zu 1995 um 19,2% auf 13,83 Mrd. US\$. Das Defizit Taiwans im Europahandel sank um 30% auf 2,1 Mrd. US\$. Nach Statistiken Taiwans beliefen sich die Exporte nach und die Importe aus Europa auf 16,94 Mrd. US\$ bzw. 19,04 Mrd. US\$, 7,8% bzw. 1,8% mehr als 1995.

Was die Preise und den Arbeitsmarkt angeht, zeigte sich in Taiwan eine ähnliche Entwicklung wie in den meisten Industriestaaten. Die Inflationsrate erreichte 1996 mit 3,07% ein Rekordtief seit drei Jahren. Hingegen verzeichnete die Arbeitslosenquote mit 2,6% ein Rekordhoch seit zehn Jahren. Im Durchschnitt waren monatlich 242.000 Männer und Frauen ohne Job, 47% mehr als vor einem Jahr. (FCJ, 31.1.97)